



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal



Fraktion DIE LINKE. im
Rat der Stadt Wuppertal



Wählergemeinschaft
für Wuppertal
WfW-Fraktion
im
Rat der Stadt
Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal*

Datum 30.01.2014

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr. VO/0145/14
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
11.02.2014	Ausschuss für Schule und Bildung
13.02.2014	Jugendhilfeausschuss
24.02.2014	Rat der Stadt Wuppertal

Fortführung der Finanzierung der Schulsozialarbeit an Wuppertaler Schulen bis zum Ende des Jahres 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und WfW beantragen, der Rat möge in seiner Sitzung am 24. Februar 2014 beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushaltsplans die Finanzierung und Fortführung der Schulsozialarbeit bis Ende 2014 sicherzustellen.
2. Bund und Land werden aufgefordert, ab 2015 die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine dauerhafte Fortführung der Schulsozialarbeit zu schaffen, ohne dass die Kommunen finanziell zusätzlich belastet werden.

Begründung:

Die Schulsozialarbeit muss gesichert werden. Darüber sind sich alle Parteien in Wuppertal einig, denn die Schulsozialarbeit hat sich in den letzten Jahren bewährt. Wie sich zeigt, werden die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an unseren Schulen dringend als Ansprechpartner und Vertrauenspersonen für Schülerinnen und Schüler in benachteiligten Lebenssituationen gebraucht. Das bestätigen die Erfahrungen von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonal und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Trotzdem ist die Finanzierung derzeit nicht gesichert, so dass eine Fortsetzung nach dem 31.03.2014 – bis dahin gibt es eine Übergangsförderung durch die Stadt – noch offen ist. Wenn wir jetzt keine Lösung zur Finanzierung der Schulsozialarbeit bis Ende 2014 finden, bricht die bis dahin erfolgreiche Arbeit an den Schulen ab. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, eine vorübergehende finanzielle Lösung zu finden, um Planungssicherheit bis Ende dieses Jahres

herzustellen. Der Beschluss wird in Erwartung einer Anschlusslösung mit Blick auf eine Einigung über die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit zwischen dem Bund und den Ländern getroffen.

gez.

Michael Müller

CDU-Fraktionsvorsitzender

Klaus Jürgen Reese

SPD-Fraktionsvorsitzender

Marc Schulz

Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen

im Ausschuss für Schule und Bildung

Jörn Suika

FDP-Fraktionsvorsitzender

Gerd-Peter Zielezinski

Fraktionsvorsitzender Die Linke

Heribert Stenzel

WFW-Fraktionsvorsitzender